

Blickpunkt Kantone

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **83 (1996)**

Heft 4: **Förderungen**

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Blickpunkt Kantone

Aargau

Mehrklassenschulen stiefmütterlich behandelt

Der VAML (Verein Aargauischer Mehrklassenlehrkräfte) war am 5. Treffen Schweizerischer Mehrklassenlehrkräfte in Safien-Platz dabei und fordert auch für die Kantone Aargau und Solothurn bessere Verhältnisse.

Rund 50 Lehrerinnen und Lehrer aus zwölf Kantonen, die an Mehrklassen- oder Gesamtschulen unterrichten, traten am Wochenende vom 20./21. Januar zum 5. Treffen Schweizerischer Mehrklassenlehrkräfte im bündnerischen Safien zusammen. Haupttraktandum war die Ausbildung an den kantonalen Seminarien, die nach Ansicht der Tagung nur ungenügend auf die Mehrklassigkeit Rücksicht nimmt.

«Schulblatt» AG/SO 5/1996

Bern

Wenn die Schüler putzen, werden 75 000 Fr. gespart

In Tausenden von Schweizer Schulhäusern sorgen seit Jahrzehnten Abwarte und Reinigungspersonal für stets saubere Schulräume. Dies trotz täglicher Verschmutzung derselben durch weggeworfene Abfälle, ungeputzte Schuhe und Spuren von Schwamm- und anderen Schlachten. So lief es auch in Frutigen: ohne Probleme, abgesehen von den unvermeidlich auftretenden Nebengeräuschen: mehr oder weniger gravierende Differenzen zwischen dem Abwart und den schlimmsten Schmutzfinken. Dieser Reinigungsdienst muss nun per 1. April – was kein Scherz ist – nach dem Willen der Frutiger Behörden zum Teil stark reduziert werden. Neu müssen drei Schulzimmerreinigungen pro Woche und eine Generalreinigung pro Jahr reichen.

Mehr Arbeit aber für Schüler und Lehrer – erstere müssen bei der Grundreinigung der Zimmer vermehrt anpacken, und letztere aufpassen, das dies auch geschieht. Grund für diese neuen, die Schüler tangierenden Regeln ist der Geldmangel. Die Frutiger Behörden hoffen, mit den Massnahmen rund 75 000 Franken einzusparen.

bzo in «Berner Zeitung», 30.1.96

Numerus clausus an der Universität Bern

Mit der Zustimmung zur Änderung des Universitätsgesetzes hat der Kanton Bern die rechtliche Grundlage geschaffen, um Zulassungsbeschränkungen an der medizinischen Fakultät der Universität Bern einzuführen.

Bei einer Beteiligung von 29,9 Prozent passierte die durch ein Referendum angefochtene Änderung des Gesetzes über die Universität mit 126 705 (62,9 Prozent) gegen 74 566 Stimmen deutlicher als erwartet. Keiner der 26 Bezirke lehnte die Vorlage ab. Der Regierungsrat kann die Zulassungsbeschränkungen in den Fächern der Human-, Zahn- und Veterinärmedizin nur in Koordination mit den anderen Hochschulkantonen im Rahmen der schweizerischen Hochschulkonferenz anordnen, und sie gelten nur für ein Jahr. Über eine Verlängerung entscheidet der Grosse Rat. Der Regierungsrat schreibt in einer Stellungnahme zum Abstimmungsergebnis, mit dem Numerus clausus könnten nicht alle Probleme im Zusammenhang mit dem Gesundheitswesen im allgemeinen und dem Medizinstudium im besonderen gelöst werden. Er sei aber überzeugt, dass zahlenmässige Beschränkungen im Fach Medizin eine effiziente und sinnvolle Massnahme darstellten, um die Ausbildungsqualität der Ärzte bei beschränkten Ressourcen sicherzustellen.

hfr. in «NZZ», 11.3.96

Obwalden

Nur noch sechs Jahre bis zur Matura

Der Kantonsrat hat an seiner Sitzung vom 21. Dezember 1995 auf Antrag des Regierungsrates und der vorberatenden kantonsrätlichen Kommission (Vorsitz: Kantonsrätin Silvia Windlin, Kerns) die Verkürzung des Gymnasiums von sieben auf sechs Jahre beschlossen. Diese Änderung, welche formell durch einen Nachtrag der Kantonsschulverordnung vorgenommen wurde, hat zur Folge, dass ab Schuljahr 1996/97 die ersten, zweiten und dritten Klassen nur noch sechs Jahre absolvieren und die ersten Gymnasiastinnen und Gymnasiasten im Jahre 2000 nach sechs Jahren die Matura erlangen. Auf die heutigen dritten, vierten, fünften und sechsten Klassen hat die Änderung keinen Einfluss, d. h. sie müssen wie bisher sieben Jahre bis zur Matura absolvieren.

Schulblatt OW/NW 1/96

Mehr Eigenverantwortung für die Volksschulen: Teilautonomie für 30 Schulen ab 1997

Mit der Einführung von teilautonomen Volksschulen im Kanton Zürich, die der Regierungsrat im Rahmen einer umfassenden Verwaltungsreform («WIF!») vorsieht, wird grundsätzlich eine hohe Schulqualität angestrebt. Die allgemein gute «schulische Grundversorgung» im Kanton soll nicht gefährdet werden. Dies schreibt der Regierungsrat in seiner Antwort auf eine Interpellation von Kantonsrat Charles Spillmann (sp., Ottenbach) und eine Anfrage von Julia Gerber Rüegg (sp., Wädenswil). Sie verlangten unter anderem Auskunft betreffend die Berücksichtigung unterschiedlicher Umfelder von Schulen, den sozialen Ausgleich, die leitenden pädagogischen Vorstellungen sowie die Mitsprache und die Besoldung der Lehrerschaft.

stü. in «NZZ», 9.2.96

Neuerungen für das Primarschulfranzösisch: Unterschiedliche Erfahrungen nach der Einführungsphase

Ende vergangenen Jahres beschloss der Erziehungsrat abzuklären, ob und wie der Stellenwert und die Verbindlichkeit des Französischunterrichtes an der Primarschule erhöht werden können. Wie der Erziehungsrat damals in einer knappen Medienmitteilung verlauten liess, hätten die Erfahrungen mit der Vorverlegung des Französischunterrichtes gezeigt, dass an der Nahtstelle zwischen der Primarschule und der Oberstufe Verbesserungen notwendig seien. Gleichzeitig würden die zurzeit interkantonal zur Verfügung stehenden Lehrmittel überprüft, welche allenfalls den Übergang an die Oberstufe mit einer geringeren Zäsur als heute gewährleisten würden. Diese Verlautbarungen des Erziehungsrates verdeutlichen, welches Unbehagen mittlerweile die im September 1988 vom Zürcher Stimmvolk gutgeheissene Einführung des Französischunterrichtes an der Primarschule bei Behörden, Lehrkräften, Schülern und Eltern ausgelöst hat.

ps. «NZZ», 27.2.96

Klares Votum zur Hochschulpolitik

Mit einem Ja-Stimmen-Anteil von nicht weniger als 92 Prozent wurde der Ergänzung des Unterrichtsgesetzes zugestimmt, wonach die Beiträge anderer Kantone an die Universität zu bemessen sind an den Kosten, die durch die Ausbildung ausserkantonalen Studenten entstehen.

«NZZ», 11.3.96

Schlaglicht

Blick über den Zaun

Vergangene Labourregierungen haben im Bestreben, Chancengleichheit zu fördern, die zum Teil hervorragenden staatlichen Gymnasien abgeschafft und Gesamtschulen eingeführt, welche das Ausbildungsniveau drastisch senkten. – Die Häufung einiger spektakulärer Gewaltakte in französischen Schulen haben zur Debatte über das staatliche Erziehungssystem geführt. Die konkreten Mängel: Geldnot und damit Lehrermangel bei gleichzeitiger Überbelegung der Klassen... («NZZ», 27./28.1. und 23.2.96)

Grundsätzlich zu behaupten, in der Schweiz sei alles besser als im Ausland (und so hätten wir natürlich auch die besten zwanzig Schulsysteme von allen möglichen), verlangt eine inzwischen selten gewordene Kühnheit. Gleich naiv ist es allerdings, zu glauben, der Rest der Welt habe die Lösung aller (Schul)probleme gefunden und wir müssten, um ja nicht den Anschluss zu verpassen, die dortigen Vorschläge schleunigst auch bei uns verwirklichen.

Und trotzdem wird's gemacht, aus einer irritierenden Unkenntnis der Situation; wir haben zwar, was die Informationsdichte oder Verbreitung von Internet betrifft, beinahe US-Standards. Dagegen kennen viele nicht einmal das Schulsystem des Nachbarkantons, geschweige denn ausländische Varianten. Entsprechend oft wird die Diskussion absurd, sobald über die Schule und mögliche Verbesserungen gesprochen wird. Im allgemeinen Eifer werden abenteuerliche, möglichst kostengünstige Reformen konzipiert: man könnte meinen, die Schule würde neu erfunden; statt dass wir auch einmal über den Zaun schauen und von den anderswo bereits gemachten Erfahrungen schamlos profitieren. Hier könnte viel gespart werden: Zeit, Geld und psychische Energie.